



Haushalt 2011 „Gemeinsame Verantwortung für Gießen“

Haushaltsrede 2011

Stadtkämmerin Grabe-Bolz am 07.10.2010,
Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Ihnen den Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 mit den gesetzlichen Anlagen sowie dem Investitionsprogramm zur Beratung und Beschlussfassung vor. Dieser Haushaltsentwurf wurde durch den Magistrat in der Sitzung am 20. September 2010 festgestellt.

Die Entscheidung über den Haushalt zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung. Durch die Entscheidung über den Haushalt wird über die zur Verfügung stehenden Mittel des nächsten Haushaltsjahres befunden. Damit setzt die Stadtverordnetenversammlung politische Prioritäten.

Sie fragen sich jetzt vielleicht, warum ich diese kommunalverfassungsrechtliche Aufgabenzuschreibung besonders erwähne!

Dies ist ein besonderer Haushalt für unsere Stadt.

Besonders ist, dass wir uns in einer finanzwirtschaftlichen Schieflage befinden. Und dass wir – um wieder auf einen soliden Kurs zu kommen – nicht auf Hilfe von außen hoffen dürfen. Ganz im Gegenteil.

Die Kommunen werden fortlaufend strukturell unterfinanziert

Ich erinnere nur an die für uns Kommunen fatale Kürzung der Schlüsselzuweisungen des Landes um 360 Mio. €. Ich erinnere an die Folgen einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik, die uns durch die Finanz- und Wirtschaftskrise Mindereinnahmen bei den Steueranteilen gebracht hat und für deren Folgen wir ebenfalls aufkommen müssen. Ich meine insbesondere die als Sozialausgaben beschriebenen Aufwendungen für Menschen in Notsituationen, hinter denen sich zahllose Einzelschicksale verbergen, denen wir beistehen wollen und müssen.

Besonders ist an diesem Haushalt aber auch, dass die Mehrheit dieses Hauses in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Projektbeschlüsse viele - sehr viele - Prioritäten gerade im investiven, im baulichen Bereich gesetzt hat, die finanzielle Konsequenzen für die künftigen Haushalte haben. Diese Beschlüsse binden uns, ja sie schnüren uns ein.

Ich möchte Sie, ich muss Sie daher aufrufen, diese Beschlüsse zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren – oder uns, den Magistrat, zumindest insofern handlungsfähig zu machen, indem Sie uns freie Hand lassen, Projekte neu auf den finanziellen Prüfstand zu stellen.

Ich möchte Ihnen dafür beispielhaft eine Zahl nennen:

Der Haushalt 2011 ist mit 17,2 Mio € von Projektbeschlüssen vorbestimmt. Das sind dann rd. 50 % der Investitionen im kommenden Jahr. In den kommenden Jahren wird es nicht besser: Rd. 62 Mio. € sollen nach den Beschlüssen dieses Hauses über die Haushalte 2011 – 2014 umgesetzt werden

Daher müssen Sie die Verantwortung mit mir teilen, muss ich Sie in die Pflicht nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung ist wegen dieser besonderen Konstellation dazu aufgerufen, sich ihrer Verantwortung nicht zu entziehen. Durch Ihre Beratung, Ihre Vorschläge und Änderungswünsche übernehmen Sie „gemeinsam reale Verantwortung für Gießen“ – eine Verantwortung, die ich als Kämmerin Ihnen heute nachdrücklich deutlich machen möchte:

Wir müssen den finanziellen Gestaltungsspielraum für unsere Stadt wieder herstellen, sonst verspielen wir unsere Zukunft. Egal, wer in diesem Haus nach der nächsten Wahl Mehrheiten bildet: Jeder und jede ist darauf angewiesen, dass Mittel da sind, um Politik zu gestalten. Wenn wir den bisherigen Kurs beibehalten, werden wir diese Gestaltungsfähigkeit verlieren.

Den Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute vorlege, empfehle ich Ihnen daher nicht als abgeschlossenes Konzept zu verstehen. Sie haben es nun in der Hand, Beschlüsse zu fassen, die Beschlossenes im Vollzug aussetzen, revidieren oder veränderte Handlungsaufträge an den Magistrat zu richten.

Ich weiß, dass es manche nicht mehr hören wollen: Ich betone dennoch nochmals, dass nicht jedes Bauvorhaben, für das es öffentliche Zuschüsse gibt, auch sinnvoll oder günstig ist. Ich betone noch einmal, dass es nicht nur nach der Gemeindehaushaltsverordnung, sondern auch schlicht nach dem gesunden Menschenverstand geboten ist, verschiedene Varianten eines Bauprojekts vorzulegen. Und diese Varianten sollten sich auch nicht nur nach Geschmack der Architekten oder Stadtplaner unterscheiden, sondern unter Kostengesichtspunkten. Das gilt für die Konrad-Adenauer-Brücke – für eine Revision des 4-spurigen Ausbaus ist es noch immer nicht zu spät -, das gilt auch für den Bahnhofsvorplatz. Und es gilt auch für manch ein Vorhaben, für das Sie im Rahmen des Konjunkturprogramms grünes Licht gegeben haben.

Das Parkhaus Roonstraße ist dafür ein gutes Beispiel: Ich bin froh und dankbar dafür, dass wir heute nicht mehr über eine Luxus-Sanierung streiten müssen, sondern dass dort nur das Nötigste getan werden soll, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten. Und, glauben Sie mir, dass ich dafür Überzeugungsarbeit leisten musste! Ähnlich kann man auch bei anderen Projekten verfahren.

Ich bitte Sie im Sinne des Erhalts unserer Handlungsfähigkeit darum, dass Sie trotz lockender Zuschüsse und angeblich einmaliger Chancen den Mut haben, zu hinterfragen: Gibt es eine günstigere Möglichkeit, das gewünschte Ziel zu erreichen? Und: Müssen wir dieses Ziel tatsächlich in den nächsten drei oder vier Jahren erreichen? Ja, ist es der Bürgerschaft nicht zu vermitteln, dass diese Stadt sich nicht übernehmen darf? Haben wir den Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen: Wir können uns nicht mehr alles leisten, was wir uns wünschen. Ich bin sicher: Es gab leider noch nie eine bessere Zeit, um den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass es so nicht weitergehen kann. Die Menschen verstehen das, sofern wir es mit nachvollziehbaren Argumenten vermitteln und erklären.

Mit Vorlage dieses Haushaltsentwurfs hat der Magistrat getan, was nötig, möglich und sinnvoll ist. Er hat auf der Grundlage dessen, was unter den genannten Bedingungen variabel war, intensiv überprüft, abgewogen und entschieden. Ich freue mich sehr, dass die Beratungen über den Haushaltsentwurf 2011 im Kreise der Dezentern in diesem Sinne von dem gemeinsamen Willen der Verantwortungsteilung getragen waren. Konkretisiert hat sich dies in zahlreichen Einzelabwägungen, bei denen nicht ich als Stadtkämmerin die letzte Entscheidungsinstanz sein wollte, sondern bei denen sich alle Dezentern konstruktiv aufeinander zu bewegt haben.

Doch wie gesagt: Dies reicht nicht aus. Denn mein Ziel –und hoffentlich auch unser Ziel, den Investitionsrahmen ohne Nettoneuverschuldung vorzulegen, ist noch nicht erreicht.

Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen möchte ich Ihnen die Schwerpunkte des Haushalts 2011 vorstellen:

Für die Haushaltsplanung 2011 wurden verwaltungsintern erstmals Vorgaben an die Fachämter gemacht. Vorgaben wurden zur Entwicklung des Stellenplans, zur Investitionstätigkeit und zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gemacht. Außer im Bereich der Sach- und Dienstleistungen konnten die Vorgaben weitestgehend umgesetzt werden.

Gesamtergebnishaushalt

Im Gesamtergebnishaushalt beträgt der Fehlbetrag zur Zeit rd. 37,4 Mio. €. Es ergibt sich eine leichte Verbesserung gegenüber 2010 um 875 T€. Das ist zwar nicht viel und sicher nicht genug. Aber durch den 360 Mio. € Entzug der Landesregierung im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs haben wir rund 2,8 Mio. € an echten Einnahmeverlusten auszugleichen. Konkret fehlen uns nach derzeitigem Stand durch diesen überaus kommunalfeindlichen Akt der Landesregierung rund 2,1 Mio € an Schlüsselzuweisungen sowie rund 700.000 €, die wir als sogenannte Kompensationsumlage neu zu entrichten haben.

2,8 Mio. € weniger in der Kasse. Und dies, obwohl die Probleme, die wir für die Menschen in unserer Stadt zu bewältigen haben, nicht geringer werden.

Ich möchte dies noch einmal verdeutlichen: Die Summe des Gesamtergebnishaushalts wird nur zu etwa einem Drittel von unseren eigenen Vorgaben bestimmt. Im Gesamtergebnishaushalt wird deutlich, wie stark unsere finanzielle Schieflage auch durch Entscheidungen von Bundes- und Landesebene verursacht ist und wie stark uns – aufgrund unserer sozialen Struktur - jegliche Veränderung von staatlichen Transferleistungen trifft. Mehr als andere Städte gleicher Größenordnung. Wir werden also nicht 875 T€ mehr ausgeben, sondern im Ergebnis fast 2 Mio. Euro einsparen. Das ist nicht leicht.

Folgende Einzelaspekte möchte ich hervorheben:

1. Im Jahr 2009 standen uns bei den großen Ertragspositionen, dies sind die Gewerbesteuer, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen, noch rd. 17,3 Mio. € mehr im Vergleich zu den Ansätzen im Haushalt 2011 zur Verfügung. 2009 waren es noch ca. 83 Mio. € und 2011 nur noch 66 Mio. €. Sowohl der Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen wie auch der Rückgang von Einkommenssteuer und zum Teil auch Gewerbesteuer aufgrund der Finanzkrise haben uns hart getroffen.

Es könnte aber noch härter kommen: Im Jahr 2011 ist die Gewerbesteuer wieder die wichtigste Ertragsquelle der Stadt Gießen. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn sich die Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung durchsetzt und die Abschaffung der Gewerbesteuer wirklich vollzogen wird. Dort werden Modelle diskutiert, die die Einkommensteuer stärken und den Städten bei der Einkommensteuer ein eigenes Hebesatzrecht zubilligen wollen. Für Gießen wäre das äußerst schädlich. Die uns vorliegenden Modellrechnungen bestätigen, dass die Gewerbesteuer in der derzeitigen Form eher noch gestärkt werden sollte. Und: Sie ist die einzige Steuer, die uns als eigenständige Einnahmequelle zusteht. Statt Kommunen weiter von staatlicher Politik und staatlichem Finanz-Tropf abhängig, sie zu Bittstellern zu machen, müssen wir in unserer Eigenständigkeit gestärkt werden. Ich gehe noch weiter: Aus meiner Sicht wäre es richtig, – und darauf hat Kämmerer Dr. Kölb in seiner letzten Haushaltseinbringung bereits hingewiesen – die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer auszubauen, in die auch Freiberufler und Selbstständige sowie Teile der Wertschöpfung einbezogen werden, die in der Kommune erarbeitet wurden und die als Zinsen, Pachten, Mieten oder Leasingraten Kapitalgebern zufließen.

Ich bitte Sie, auf allen Ebenen Ihrer Tätigkeit für die Sicherung unserer Ertragspositionen einzutreten.

2. Alleine der Teilhaushalt 6 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ führt im Haushalt 2011 zu einem Defizit in Höhe von rd. 29,7 Mio. €. Damit steht Gießen keinesfalls allein dar. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund kommt in einer aktuellen Pressemitteilung zu dem Ergebnis, dass bei einer Betrachtung des Aufkommens im ersten Halbjahr 2010 die steigenden Sozialausgaben das kommunale Hauptproblem Nummer eins sind. Für diese übertragenen Probleme, Probleme, die wir nicht verursacht, für die wir aber bezahlen müssen, fehlt jegliche Kompensation.

Natürlich stecken in diesen Zahlen auch klare Entscheidungen dieses Hauses. Entscheidungen, hinter die ich mich aber voll und ganz stelle!

Dass wir den Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen forciert haben und uns eine Infrastruktur an Kinderbetreuungsplätzen leisten, die andernorts ihres Gleichen sucht, ist Tradition in Gießen. Und sie ist nicht nur Kür, sondern auch Pflicht! Die Fürsorge im Bereich der Kinderbetreuung schafft nicht nur Chancengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. Sie erhöht auch Bildungschancen für Kinder. Und sie ist eine frühe Vorsorge vor Abhängigkeit und Armut bei Frauen. Überdies hinaus: Die Frage, ob wir auch als Wirtschaftsstandort eine Zukunft haben, ist heute in Zeiten von großer Mobilität gerade gut ausgebildeter Arbeitskräfte, auch eine Frage der Familienfreundlichkeit einer Stadt. Ich möchte Sie daher bestärken, an diesem Kurs der Familienfreundlichkeit festzuhalten. Die Frage der Infrastruktur gerade im Bereich der Kinderbetreuung ist eine soziale Frage. Es ist aber keine Frage der sozialen Wohltat, sondern eine der Daseinsvorsorge für die gesamte Stadtgesellschaft. Es wäre aber an Bund und Land dafür zu sorgen, dass wir als Kommunen – und gerade die Stadt Gießen – für diese sozialpolitischen Leistungen auch angemessen finanziell ausgestattet werden. Da, wo die Arbeit der frühkindlichen Bildung und Erziehung getan wird – nämlich auf Ebene der Kommunen – und da wo die finanzielle Hauptlast für diese Leistungen liegt – nämlich auf Ebene der Kommunen –, da muss auch die Unterstützung von Bund und Land hinfließen.

Gleichwohl müssen wir alles dafür tun, um das Defizit mit eigenen Anstrengungen zu verringern. Wir müssen Verantwortung für unseren Haushalt und damit der Sicherung unserer Entscheidungsmöglichkeiten übernehmen. Wir haben bereits damit angefangen. Schwerpunkte dafür sind die Reduzierungen von Stellen und damit Personalkosten. Nachhaltig und wichtig ist aber auch die Arbeit am Haushaltskonsolidierungskonzept, das das Ziel haben muss, auch langfristige Umsteuerungen vorzunehmen. Dafür müssen wir gemeinsam üben, neu zu denken. Wir müssen uns überlegen, ob wir jede Aufgabe weiterhin selbst wahrnehmen müssen. Wir müssen überdenken, ob wir in der Lage sind, immer dem höchsten Standard zu entsprechen. Wir müssen aufhören, immer alles schöner, besser und teurer haben zu wollen – koste es, was es wolle; nicht nur bei den Investitionen, sondern auch im täglichen Handeln. Finanzverantwortung wahrzunehmen fängt in den Köpfen an – jedes einzelnen Beschäftigten, jedes einzelnen politisch Handelnden.

Bei diesen Umsteuerungen dürfen wir jedoch auch nicht Maß und Ziel verlieren. Umsteuern geht nur mit Maß. Und es geht auch nicht mit dem Rasenmäher. Denn eine Kürzung von 10.000 Euro mag für die Gestaltungsplanung eines neuen Platzes wenig sein. Für Vereine und Verbände, die in unserem Auftrag wichtige soziale Leistungen erbringen, sind schon 1000 Euro mehr oder weniger das Ende oder die Entscheidung zur Fortführung einer erfolgreichen Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt: die sogenannten freiwilligen Leistungen, die unser Amt für soziale Angelegenheiten jährlich gewährt. Rund 1 Mio. Euro – und damit nur rd. 0,5 Prozent der Ausgaben im Gesamtergebnishaushalt werden hier verausgabt.

Davon gehen allein rund die Hälfte an die wichtigen sozial- und beschäftigungspolitischen Institutionen ZAUG und Gießen-Pass. Mit rund 500.000 Euro – und damit rund 0,26 Prozent des Gesamtetats der Stadt wird die Arbeit in vielen wichtigen Bereichen aufrechterhalten: Beispielhaft erwähne ich:

Hospiz – Arbeit

Schuldnerberatung

Pro Familia

Verbraucherzentrale und die

Senioren – Arbeit

Straßensozialarbeit

Behindertenintegrationsarbeit

Mit diesen Hilfen erreichen wir Tausende unserer Mitbürger!

Ich möchte noch deutlicher werden:

Wissen Sie, wie hoch die Summe der sogenannten freiwilligen Leistungen ist, die für die Arbeit für ältere Menschen in dieser Stadt ausgegeben wird? Für die so wichtige Hilfe der Beko für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, die sich im System zwischen Pflegekassen, privaten Leistungen und Sozialhilfe-Ansprüchen bewegen? Für die Beratung von Demenzkranken? Aber auch für Angebote der Seniorenarbeit? Insgesamt rund 110.000 Euro – das sind nicht einmal 0,01 Prozent des Gesamtetats. In unserer Stadt leben rund 12.000 Menschen über 65 Jahren. Jeder von ihnen ist ein potentieller Nutzer dieses Angebots.

Zum Vergleich: Die Folgekosten der Konrad-Adenauer-Brücke betragen pro Jahr rd. 50.000,- Euro. Daran können Sie erkennen, wie uns solche Baumaßnahmen langfristig belasten und was sie uns offensichtlich „wert sind“ in Relation zur Unterstützung eines lebenswerten Alterns in unserer Stadt.

Ich glaube nicht, dass wir angesichts dieser Zahlen von einem überbordenden Sozialstaat oder davon reden können, dass unsere sozialen Wohltaten uns arm machen. Wir können sehr froh sein, dass uns die verschiedenen Verbände der Wohlfahrtspflege so wunderbar unterstützen bei der Erfüllung dieser Pflichtaufgaben für die Menschen in unserer Stadt. Und ich möchte an dieser Stelle auch ganz klar betonen, dass hier kein Einsparpotential für die Sanierung unseres Haushaltes liegt. Eine Rasenmäher-Kürzung wie auch ein Memorandum zum Einfrieren von sogenannten freiwilligen Ausgaben wird es mit mir als Kämmerin nicht geben. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung.

Ich möchte zurückkommen zum Gesamtergebnis. Folgende Faktoren haben es beeinflusst:

Die Aufwendungen steigen im Jahr 2011 an. Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen sind Tarifsteigerungen dafür ausschlaggebend. Die Jugendhilfe (insbesondere für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge) steigt weiter. Der Ausbau „U3“ wird – wie beschrieben - fortgesetzt und führt daher zu höheren

Zuschüssen an die freien Träger – diese Verträge wurden vom Magistrat in den letzten Monaten beschlossen.

Bei den Sach- und Dienstleistungen führen Steigerungen bei den Energiekosten derzeit zu Erhöhungen, obwohl ich zuversichtlich bin, dass die Überprüfung dieser Ansätze im Rahmen der Magistratsänderungsliste noch eine Reduzierung ergeben kann. Der Aufwand für die Kreisumlage sinkt. Wir sind dabei von einem unveränderten Kreisumlagenhebesatz (48,5 %) ausgegangen. Gleichzeitig belastet uns –wie erwähnt - aber die sog. „Kompensationsumlage“ für den Wegfall der Grunderwerbssteuer an die Landkreise und kreisfreien Städte. Diese Kompensationsumlage ist erstmals ab dem Jahr 2011 zu zahlen.

Unsere Erträge steigen – zum Glück - ebenfalls. Die Hebesätze für die Steuern sind unverändert, da wir auch weiterhin bei den Hebesätzen über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte in Hessen liegen.

Eine sehr große Unsicherheit besteht bei der Gewerbesteuer. Im Vergleich zum Haushalt 2010 haben wir die Gewerbesteuer um rd. 1,4 Mio. € höher angesetzt. Große Rückgänge infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2009 und 2010 sind bei uns bislang ausgeblieben. Weil andere Kommunen (z. B. Marburg oder Bad Homburg) sehr hohe Rückgänge zu verzeichnen haben, sind wir aber vorsichtig. Die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sind auf dem Niveau des Jahres 2010 geplant. Im Entwurf sind derzeit – wie bereits erwähnt - Rückgänge bei den Schlüsselzuweisungen von rd. 2,1 Mio. € veranschlagt. In diesem Zusammenhang dürfen wir aber darauf hoffen, dass über die Magistratsänderungsliste noch Mehrerträge in den Plan aufgenommen werden können.

Also: Bis jetzt eine kleine Verbesserung gegenüber 2010 und ich hoffe noch auf zwei, drei kräftige Veränderungen in der Magistratsänderungsliste, die das Ergebnis dann auf einen Fehlbetrag von rd. 35 Mio. €, also mehr als 3 Millionen Euro weniger als im Vorjahr reduzieren helfen sollten.

Stellenplan

Für den Stellenplanentwurf 2011 darf ich Sie darüber informieren, dass der RP Gießen mit einem deutlichen Signal für die nächsten Jahre durch die Stadt Gießen rechnet. Wir müssen mittelfristig Personalaufwand begrenzen und dies ist nur durch einen Stellenabbau im Zuge von Umstrukturierungen möglich.

Ich habe daher festgelegt, dass der Stellenplanentwurf 2011 im gesamten mit neun Planstellen weniger aufgestellt werden muss und dies konnte auch umgesetzt werden. Dies obwohl wir gleichzeitig drei zusätzliche Stellen bei den Kindertagesstätten wegen der Neuregelung der Mindestverordnung, eine Mehrstelle beim Personalrat und eine Mehrstelle beim Allgemeinen Sozialen Dienst schaffen mussten. Eine ähnliche Umstrukturierung müssen wir für 2012 anstreben.

Gegenüber dem RP Gießen ist das ein sehr deutliches Signal.

Haushaltssicherungskonzept

Dennoch besteht natürlich aufgrund dieses Defizits im Gesamtergebnishaushalt die Verpflichtung zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Im Zusammenhang mit diesen Beratungen sollten wir gemeinsam die Frage diskutieren, wie wir die jetzt durch den Haushalt vorliegenden Zahlen durch eine zusätzliche Begrenzung bei den Aufwandspositionen durch eine Reduzierung der Standards noch verbessern können. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird derzeit verwaltungsintern vorbereitet, ist dann zunächst im Magistrat zu diskutieren. Insbesondere die Erhöhung von Gebühren – ich halte zum Beispiel eine moderate Anhebung der Parkgebühren für möglich – kann hier noch einfließen. Ebenso halte ich es für möglich, durch die Verordnung von Sperrvermerken für verschiedene Bereiche ein Mittel der Selbstkontrolle zu etablieren. Die Stellenbesetzungssperre hat bewirkt, dass die Beweislast umgekehrt wird – es muss zunächst überprüft werden, ob es andere Mittel gibt, die Aufgaben zu verteilen. Ebenso könnte man mit Sperrvermerken eine neue Kultur der Finanzverantwortlichkeit bei allen handelnden Personen einführen: Erst wenn nachgewiesen ist, dass es keine andere, kostengünstigere Alternative für eine Ausgabe gibt, werden die Mittel freigegeben. Ich sage dies, um Ihnen zu zeigen, dass ich mit gutem Beispiel in der Verwaltungsführung vorangehen will. Ein Umdenken alleine in der Verwaltung reicht aber nicht aus, um eine neue Kultur des Denkens zu schaffen.

Investition und Finanzierung – der Gesamtfinanzhaushalt

Kommen wir zur zweiten Säule des Haushalts – dem Gesamtfinanzhaushalt. Wichtigste Eckpunkte sind dort natürlich die Investitionen. Ich habe es eingangs schon erwähnt: Die Drosselung der Nettoneuverschuldung auf null ist mit diesem Entwurf, so wie ich es mir gewünscht habe, nicht gelungen.

Die Investitionsauszahlungen sind derzeit mit 34,1 Mio. € veranschlagt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber 2010 von rd. 3,1 Mio. €. Die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Projekte finden sich im Investitionsprogramm wieder. Sie umfassen rd. 50 % aller veranschlagten Mittel. Wenn ich die Erklärung der CDU ernst nehmen darf, nach der auch die größte Fraktion hier in der Stadtverordnetenversammlung der Meinung ist, dass in Gießen genug gebaut wurde und hier abzuspecken ist, dann möchte ich insbesondere Sie, die Sie maßgeblich an den bindenden Projektbeschlüssen mitgewirkt haben, bitten, Vorschläge zu unterbreiten, die hier eine Mehrheit finden können. Ich bin sicher, dass dies notwendig ist.

Denn: Ab 2011 beginnen die Investitionen zugunsten der Landesgartenschau. Und: Im Bereich Schulen und Kindertagesstätten kann und darf nicht gespart werden. Bei den vorliegenden Investitionen werden rd. 11,7 Mio. € für die Bereiche Schulen, Spielplätze und Kindertagesstätten ausgegeben. Dies entspricht rd. 34 % der Gesamtinvestitionen des Jahres 2011.

Verschiebungen bei einzelnen Investitionsprojekten im Schulbaubereich mussten dennoch erfolgen. Das ist überwiegend damit zu begründen, dass der Baufortschritt für die Elemente der Konjunkturprogramme im Jahr 2011 absolute Priorität genießen muss. „Muss“, weil sonst eine Rückzahlung der Fördermittel aus den Konjunkturprogrammen die Folge sein könnte.

Für die Bauelemente, die wir über die Konjunkturprogrammmittel hinaus durchführen möchten, für die es auch schon Projektbeschlüsse gibt, und die wir aus eigener Tasche zahlen und vollständig alleine finanzieren müssen, gilt, dass diese erst durchgeführt werden können, wenn die Konjunkturprogrammmaßnahmen vollständig abgeschlossen sind.

Ich bin allerdings davon überzeugt, dass diese Verschiebungen die gute Arbeit an Schulen und in Kitas nicht über Gebühr beeinträchtigen werden. Ich hoffe auf das Verständnis und die Kooperation aller Beteiligten: Wir werden trotz der angespannten Haushaltslage keine qualitativen Abstriche an unser Selbstverpflichtung, gute Räume für gute Bildung zur Verfügung zu stellen, machen. Dafür brauchen wir nur einen längeren Atem. Und wir brauchen die Unterstützung und Solidarität dieses Hauses. Denn an unserem qualitativen Anspruch, eine gute Umgebung für Lernen und Bildung in dieser Stadt zu schaffen, dürfen wir nicht abrücken. Von den veranschlagten Kosten dürfen wir es sehr wohl! Es gibt einen Anspruch der Bildungsträger auf gute Ausstattung – und da ist noch viel zu tun. Es gibt aber keinen Anspruch, das eingeplante Geld vollständig auszugeben. Ich möchte hier, dass wir uns nach der Decke strecken und im Dialog mit den Beteiligten ausloten, ob und wo Kosten gespart werden können. Ich weiß, dass dies ein mühsamer und langer Prozess ist. Aber ich bin sicher, dass er sich lohnen wird – nicht nur in Geldbeträgen. Sondern auch im Vertrauen darauf, dass diejenigen, die Bildung in dieser Stadt ermöglichen, selbst am besten wissen, was sofort und unverzichtbar ist und was auch morgen noch geschehen kann.

Unter dem Strich fehlen nun zum großen Ziel – der Null bei der Nettoneuverschuldung – nur noch 355 T€.

Allerdings kann es sein, dass Veränderungen im Kommunalen Finanzausgleich durch das Land Hessen zu einer Reduzierung der allgemeinen Investitionspauschale führen. Uns liegen Informationen vor, dass das Land Hessen diese Veränderungen plant. Damit gehen uns Refinanzierungsmittel verloren und in der Folge steigt die Differenz zwischen Investitionseinzahlungen und Investitionsauszahlungen. Dies und die Korrektur von kleineren Eingabefehlern – die Liste liegt Ihnen vor - führt zu einer nicht beeinflussbaren Erhöhung der Nettoneuverschuldung in Höhe von 606.000,- €, die im Aufstellungsverfahren von uns noch nicht beachtet werden konnte. Wir haben gegen die geplanten Änderungen bei der Investitionspauschale über den Hessischen Städtetag unsere ablehnende Haltung deutlich gemacht. Gleichwohl entspricht es einer vorsichtigen Haushaltsplanung, wenn wir heute davon ausgehen, dass wir diesen Betrag weniger erhalten werden.

Es wird also die gemeinsame Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung sein, die jetzt zu Buche stehende Nettoneuverschuldung im Entwurf von rd. 1,0 Mio. € durch eine Streichung oder Streckung von Investitionsmaßnahmen auf Null zu reduzieren. Ich muss dabei sicher nicht erwähnen, dass dies das Minimum dessen ist, was von uns erwartet wird und was wir selber von uns erwarten müssen. Wünschenswert wäre natürlich eine Reduzierung der Verschuldung und damit der Zinslasten, die uns in jedem Jahr weiter einengen. Ich bin allerdings realistisch genug, dies angesichts der derzeitigen Situation und der angestoßenen und beschlossenen Projekte – wie z.B. der Landesgartenschau – nicht weiter zu thematisieren. Ich denke, Sie wissen, dass dies eigentlich das Gebot der Stunde sein müsste.

Die Begrenzung der Nettoneuverschuldung ist dennoch ein gutes Signal gegenüber der Aufsichtsbehörde. Dieses Signal kann ein Betrag dazu sein, dass der Haushalt des Jahres 2011 genehmigt werden kann. Ein Signal, das unsere gemeinsame Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Stadt Gießen unterstreicht.

Ein solches Signal wäre überdies eine gute Übung für die Zukunft. Denn ohne die jetzt notwendige, künftig aber regelmäßig unverzichtbare Selbstbeschränkung werden die künftigen Haushalte nicht mehr realisierbar sein.

Denn: Neben allen anderen bereits erwähnten Bedingungen kommt eine spezifische in den kommenden Jahren hinzu: Eine wichtige Refinanzierungsquelle unserer Investitionen sind die Tilgungsbeträge des Gründungsdarlehens, die die MAB an die Stadt Gießen zahlen muss. Im Jahr 2011 erreichen diese Tilgungsbeträge den Höchststand. Im Jahr 2012 wird dieses Gründungsdarlehen vollständig an die Stadt Gießen abgezahlt sein und dann werden wir geringere Refinanzierungsmittel für unsere Investitionen haben.

Daher muss ich Sie eindringlich auf die Entwicklung im Bereich der Investitionen hinweisen, wie sie sich derzeit in der Investitionsplanung niederschlägt. Im Jahr 2012 sollen aus heutiger Sicht unsere Investitionen auf rd. 45 Mio. € ansteigen. Gegenüber dem jetzt geplanten Stand im Jahr 2011 bedeutet dies eine Erhöhung um 11 Mio. € oder rd. ein Drittel. Im Jahr 2012 werden dann dafür 14,2 Mio. € neue Schulden aufgenommen werden müssen. Im Jahr 2013 noch einmal neue Schulden von 7,8 Mio. € oben drauf.

Ja, einiges davon ist auch für die Landesgartenschau, aber nur Einiges und nicht alles. Und die Landesgartenschau ist im Jahr 2014, aber die Kredite, die wir dafür aufnehmen müssen, belasten uns 20, 30 od. 40 Jahre mit Zinsen und Tilgungen. Neue Bauwerke verursachen – neben diesen Zinsen und Tilgungen – auch noch Kosten im Bereich der Unterhaltung. Neue Brücken bedürfen einer jährlichen Standfestigkeitsprüfung; neue Parks und Gärten müssen gehegt und gepflegt werden. Die gewünschten positiven Wirkungen der Landesgartenschau dürfen uns nicht dafür blind machen, dass genau diese anschließenden Belastungen nicht Kürzungen und Streichungen an anderen wichtigen Stellen unserer Stadt zur Folge haben dürfen.

Deshalb dürfen wir nicht so tun, als hätten wir für die Landesgartenschau einen Freifahrtschein! Auch wenn wir mit großer Mehrheit die Landesgartenschau als Stadtentwicklungsprojekt für unsere Stadt sehen, müssen wir dennoch sehr sorgsam prüfen und abwägen, was zur Durchführung und zum Verbleib notwendig, nachhaltig und finanzierbar ist.

Und außerdem: Evtl. kennen wir unsere Investitionsbedarfe in den Jahren 2012 und 2013 noch nicht vollständig. Das Ergebnis der vielen Projektbeschlüsse ist, dass wir für die Jahre 2012 und 2013 keine weiteren finanziellen Spielräume im investiven Bereich haben. Ich sage daher in und wegen meiner Verantwortung für die Stadt: Mäßigen Sie jetzt das Tempo der Großprojekte und Projektbeschlüsse! Die Mehrheit dieses Hauses darf nicht länger unbesehen und ungeprüft daran glauben, dass eine Maßnahme nur deshalb richtig ist, weil uns das Land mit einem goldenen Zügel über seine Zuschüsse dazu animiert. Werden Sie nicht zu vermeintlichen Schnäppchenjägern: Glauben Sie nicht jeder schönen Verheißung vom günstigen Kredit und von der nie mehr wiederkommenden Gelegenheit: Das hat schon manchen Privathaushalt in den Ruin getrieben. Eine Schuldnerberatung für Kommunen gibt es nicht. Und wenn es sie gäbe, dann bekämen wir auch nur gesagt: Haushalten Sie besser mit dem Ihnen zur Verfügung stehenden Geld. Leben Sie nicht über ihre Verhältnisse!

In diesem Sinne wünsche und erwarte ich von Ihnen Vorschläge, die unsere finanzielle Stabilität erhalten und garantieren !

Damit wir handlungsfähig bleiben und gewappnet sind, falls es noch schlimmer kommt! Der heutige gemeinsame Haushaltsentwurf des Magistrats gibt Ihnen dazu die geeignete Vorlage.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.